

die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Notverordnungen über Stempel-, Grund- und Gemeindegetränksteuer, die Notstandsmaßnahmen gegenüber den Bezirksfürsorgeverbänden, die Übernahme einer Staatsbürgerschaft für Notstandsarbeiten, die Deckung des Fehlbetrags bei der Internationalen Pelzfachaustellung in Leipzig, die Auseinandersetzung zwischen Sachsen und dem Reiche über die Eigentumsverhältnisse an den ehemals sächsischen Heeresgrundstücken, den staatlichen Wirtschaftsstock, die Übernahme von Aktien der A. G. Sächsische Werke durch Gemeinden, die wirtschaftlichen Verhältnisse und den Kapitalbedarf der Landwirtschaftsbetriebe des Wirtschaftsministeriums, das Anleihegesetz, die Ausfallgarantie des sächsischen Staates für Lieferungsengeschäfte mit Rußland, die Übernahme des in sächsischen Umschlagshäfen beschäftigten Reichsbahnkrankenpersonals und der Beamten des Reichswasserschutzes, die Steuer- und Gebührenfreiheit für Wohnungsbauten, die Errichtung einer freiwilligen Neuwertversicherung bei der Gebäudeabteilung der Landes-Brandversicherungsanstalt, die Änderung des Landesfinanzausgleichsgesetzes, das Schlachtviehversicherungsgesetz, die Osthilfe, die Geschäftserweiterung der Sächsischen Staatsbank, die Staatsgarantie für Sparkassenkredite bei der Reichsbank, die Änderung des Allgemeinen Baugesetzes, die Staatsbürgerschaft beim Zusammenschluß der sächsischen Kraftwagenindustrie, den Rechtsstreit über die Aufwertung der Sekundogeniturrente, das Tierärztekammergesetz und den Amnestiegesetzentwurf.

Von den 660 selbständigen Anträgen wurden gestellt:

213	von der	Fraktion der	R.P.D.,
143	=	=	= S.P.D.,
67	=	=	= DnBp.,
57	=	=	= N.S.D.A.P.,
54	=	=	= D.Bp.,
53	=	=	= W.P.P.,
17	=	=	KonfBp.,
16	=	=	des S.Landv.,
16	=	=	Bp.,
10	=	=	D.Stp.,
6	=	=	D.S.P.,
6	=	=	BnRv.,
2	=	=	Bd.

Davon wurden überwiesen:

- 92 (5 teilweise) dem Haushaltausschuß A,
- 57 (8 teilweise) dem Haushaltausschuß B,
- 71 (3 teilweise) dem Rechtsausschuß,
- 4 (1 teilweise) dem Außerordentlichen Ausschuß für Besoldungs- und Beamtenfragen,
- 12 dem Untersuchungsausschuß zur Untersuchung der Behauptungen über staatsfeindliche Umtriebe in der sächsischen Polizei und in den Amtsstellen des Staates.

Zu 1 Antrag wurden besondere Berichterstatter bestellt.

- 156 Anträge blieben unerledigt,
- 255 Anträge wurden in sofortiger Schlußberatung behandelt.

Unter den selbständigen Anträgen befindet sich 1, der der Reichsregierung das Mißtrauen ausspricht, und 8, darunter 1 nicht gedruckter, die die Auflösung des Landtags fordern. Einer der letzteren blieb unerledigt.

Von den 156 Anfragen wurden eingebracht:

28	von der	Fraktion der	N.S.D.A.P.,
27	=	=	= DnBp.,
25	=	=	= S.P.D.,
17	=	=	= W.P.P.,
16	=	=	= D.Bp.,
16	=	=	= R.P.D.,
7	=	=	D.Stp.,
7	=	=	KonfBp.,
5	=	=	Bp.,
3	=	=	D.S.P.,
3	=	=	Fraktion des S.Landv.,
2	=	=	BnRv.

Hiervon blieben:

- 41 unerledigt,
- 1 teilweise unerledigt und
- 13 wurden zurückgezogen.

Von den 57 kurzen Anfragen entfallen:

17	auf die	Fraktion der	DnBp.,
14	=	=	= W.P.P.,
7	=	=	D.Stp.,
7	=	=	Fraktion der D.Bp.,
4	=	=	= N.S.D.A.P.,
4	=	=	= S.P.D.,
1	=	=	D.S.P.,
1	=	=	KonfBp.,
1	=	=	Bp.,
1	=	=	Fraktion des S.Landv.

Hiervon blieben:

- 12 unerledigt,
- 3 wurden zurückgezogen.

Die selbständigen Anträge und die Anfragen sowie die kurzen Anfragen betrafen alle Gebiete des Staatsorganismus, wie Kirche, Schule, Arbeiterfragen, die Erwerbslosigkeit, Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe, Bergbau, Wohnungsbau, Siedlungswesen, Verkehrsfragen, Beamten- und Lehrerangelegenheiten, Steuerfragen, die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, Kommunalpolitik, Polizei, Staatsbetriebe und Staatswirtschaft, Kriegsbeschädigtenfragen, Klein- und Sozialrentner, Hochwasserschäden, Justizsachen, wie Amnestien, Gebührenordnungen usw. Eine ganze Anzahl richtete sich gegen die weitere Ausbreitung der nationalsozialistischen Bewegung.

Von den sonstigen Eingängen des Landtags sind besonders zu erwähnen die Anträge auf Genehmigung der Strafverfolgung von Abgeordneten, deren 33 gestellt wurden.

Davon entfallen auf die Mitglieder der

Fraktion der	R.P.D.	14,
=	=	N.S.D.A.P. 13,
=	=	S.P.D. 3,
=	=	D.Bp. 1,
=	=	DnBp. 1,

und 1 auf die KonfBp.

Von den Anträgen auf Strafverfolgung wurden:

- 1 vom Antragsteller zurückgenommen,
- 1 hatte sich durch Amnestie erledigt,
- 2 erledigten sich durch Ausscheiden des betreffenden Abgeordneten aus dem Landtag.